

Bildungsforscher Prof. Dr. Klemm warnt vor alarmierendem Lehrermangel:

Die Hälfte des Nachwuchses fehlt

GEW: Lehramtsstudium und Arbeitsbedingungen verbessern

10. 6. 2009

Der bekannte Essener Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm legte am Montag, den 8. Juni ein Gutachten zum künftigen Lehrerberuf von 2010 bis 2020 bei einer Pressekonferenz vor. Er bezeichnete die Lage als alarmierend. Nur weniger als die Hälfte der durch Pensionierung ausscheidenden Lehrkräfte kann von 2010 bis 2015 durch junge ersetzt werden. Dies ergibt eine Analyse der Daten des Statistischen Bundesamtes über die Entwicklung der Anzahl der Studierenden, der Referendare und der Abbrecherquote. Die GEW forderte Sofortmaßnahmen zur Verbesserung des Lehramtsstudiums und zur Erhöhung der Attraktivität des Berufs, um genügend Studierende zu gewinnen und die Voraussetzungen zu schaffen, dass sie das Studium erfolgreich beenden und auch tatsächlich die Arbeit in den niedersächsischen Schulen aufnehmen. (Klemm-Gutachten unter: www.gew-nds.de)

Die Pressekonferenz fand in den Medien ein großes Echo und positive Kommentierungen. Das Kultusministerium reagierte umgehend mit einer Presseinformation und versicherte, alle bestehenden Stellen sollten wieder besetzt werden. Das MK verwies aber lediglich auf die erfolgte Anhebung der Referendarstellen, die es ermögliche, dass 3.000 Absolventen auszubilden. Als weiteren Handlungsbedarf erkannte der Pressesprecher des MK lapidar: „Es bleibt eine Herausforderung, junge Menschen für ein Lehramtsstudium zu begeistern.“

Ab 2013/14 werden ca. 2.100 in Niedersachsen ausgebildete Bewerber zur Verfügung stehen. Zwischen 2010 und 2015 werden dagegen jährlich etwa 4.200 Personen benötigt, wenn der Stellenbestand konstant gehalten werden soll. Das „Neuangebot“ fällt ab 2010 immer stärker hinter den Bedarf zurück. Selbst wenn die gegenwärtige schlechte Personalversorgung mit einer konstanten Schüler/Lehrer-Relation aufrechterhalten wird, würde die erforderliche Anzahl von 2.900 junge Lehrerinnen und Lehrer nicht erreicht. Verschärft wird diese Perspektive noch dadurch, dass die zur Verfügung stehenden Absolventen mit ihren studierten Lehrämtern und Fächern erfahrungsgemäß die Schulformen und die Fachnachfrage nicht abbilden werden.

In den letzten Jahren haben sich viel zu wenig Abiturienten für ein Lehramtsstudium entschieden. Die Abbrecherquote von 40% im Studium und von 10% auf dem Weg von der Hochschule über das Referendariat in die Schule verschärfen diesen Trend noch. Dieses sind nach Prof. Klemm die Ursachen für die drohende Verschlechterung der Personalausstattung der Schulen in Niedersachsen.

Klemm verweist darauf, dass die Anzahl der Plätze in der Lehramtsausbildung in Niedersachsen traditionell zu gering ist. Dies sei ein „schwerwiegendes Problem“. Niedersachsen ist schon in der Vergangenheit mit seiner Ausbildungsleistung in Hochschulen und in Seminaren hinter dem eigenen Einstellungsbedarf zurückgeblieben und war deshalb auf ‚Importe‘ angewiesen.

GEW: Den Teufelskreis durchbrechen

Die Landesregierung habe nichts unternommen, um den Anforderungen für den Lehramts-Nachwuchs gerecht zu werden, obwohl die GEW seit Jahren auf die bevorstehende Pensionierungswelle hingewiesen und dringende Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrerbildung und für eine höhere Attraktivität des Berufs gefordert habe, erklärte der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt. „Ministerpräsident Wulff irrt, wenn er verkündet, ab 2011 werde die Personalsituation in den Schulen entspannter. Das Gegenteil ist der Fall.“

Henner Sauerland, Schulstatistikexperte der GEW Niedersachsen, berichtete über die massiven Probleme, die Personalversorgung für das kommende Schuljahr insbesondere an Gymnasien und Gesamtschulen zu sichern. Die Erhöhung der Arbeitsbelastung der Beschäftigten löse das Problem nicht. Hunderte von Personalmaßnahmen seien noch nicht abgeschlossen. Der Unmut in den Schulen wachse, weil die Personalplanung für das kommende Schuljahr immer noch „in der Luft hänge“. Schuld an dem Dilemma seien nicht die Landesschulbehörde oder gar die Personalvertretungen, sondern die Unfähigkeit der Landesregierung, sich um eine ernsthafte, von allen getragene Lösung der Personalmisere zu kümmern.

Die ungenügende Personalversorgung habe in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Schulklassen und Kurse insbesondere an Gymnasien sowie Gesamt- und Realschulen unerträglich groß geworden sind. Die Belastung für Schülerinnen und Schüler und für die Lehrerinnen und Lehrer sind massiv angestiegen. Der neue Klassenbildungserlass und die Versagung von Teilzeitanträgen verschärften diesen Trend. Auch die im Vergleich zu anderen akademischen Berufen schlechte Bezahlung der Referendare und der Lehrkräfte im Bereich der Grund-, Haupt- und Realschullehrämter schreckten junge Menschen ab, sich für das Lehramtsstudium zu entscheiden, bzw. das einmal aufgenommene Lehramtsstudium auch zu beenden.

Dieser Teufelskreis müsse durchbrochen werden, um die drohende weitere Verschlechterung der Personalausstattung der Schulen abzuwenden, forderte Eberhard Brandt. Die Landesregierung müsse eine klare Perspektive für die Zukunft der Personalversorgung in den Schulen bieten, die die Verbesserung der gegenwärtigen Lage ermöglicht.

Notwendige Maßnahmen dazu seien:

- Anhebung der Referendarbezüge 1.600 €
- Anhebung der Vergütung aller Lehrämter nach A 13
- Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes

Vor allem aber müssten die Studienbedingungen im Lehramtsstudium kurzfristig verbessert werden. Dazu muss die Ausstattung mit Lehrenden an den Hochschulen erhöht werden, um wesentlich bessere Betreuungsverhältnisse herzustellen. Nur so könne die hohe Abbrecher-

quote verringert werden. Das Wissenschaftsministerium müsse den Hochschulen die Mittel für die erforderlichen Personalkosten zur Verfügung stellen und eine Planung vorlegen, wie die Anzahl der Studienplätze für das Lehramtsstudium dem Bedarf angepasst werden kann. Es ist unverständlich, warum die Landesregierung untätig zusehe, wie an Hochschulen die Kapazitäten in der Lehrerbildung abgebaut würden, wie in Lüneburg, Hannover und aktuell in Oldenburg. Eberhard Brandt verwies in diesem Zusammenhang auf das GEW-Konzept von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen, mit denen die Anzahl der Lehramtsstudierenden und die Qualität des Studium verbessert werden kann.

Klemm zur künftigen Bedarfsabschätzung

Prof. Klemm hat wertvolle Hinweise gegeben, dass bis 2020 nicht nur alle Stellen erhalten werden müssen sondern dass sogar weitere zusätzliche Stellen erforderlich sind, um das Schulsystem zukunftsfähig auszugestalten.

Klemm: „Die Bedarfsabschätzung, die davon ausgeht, dass die durch die demographisch bedingte Reduktion der Schülerzahlen frei werdenden Mittel (‚Demographierendite‘) weiter dem Schulsystem zur Verfügung stehen werden, ist durch die Erklärung der Ministerpräsidenten auf dem Dresdener ‚Bildungsgipfel‘ im Herbst 2008 weitgehend gedeckt. In dieser Erklärung heißt es: „So weit sich aus der demografischen Entwicklung Ressourcenspielräume ergeben, werden die Länder sie insbesondere zur Verbesserung der Bildungsqualität nutzen.“

Klemm benennt folgende mögliche Verbesserungen:

- Ausbau der Ganztagschulen,
- Verkleinerung der Klassenfrequenzen und damit verbesserte Voraussetzungen für einen individualisierenden Unterricht,
- Förderung der Schülergruppe, die gefährdet ist, die allgemein bildenden Schulen ohne Schulabschluss zu verlassen,
- Ausbau vollzeitschulischer berufsqualifizierender Ausbildungsangebote zum Abbau von Ausbildungslosigkeit sowie
- Verringerung der Unterrichtszeiten der Lehrer und Lehrerinnen.

Klemm: „Dass die in Folge der Verringerung der Schülerzahlen frei werdenden Ressourcen, auch wenn sie im Schulsystem bleiben, generell nicht ausreichen werden, die hier aufgeführten Verbesserungen in den Schulen zu finanzieren, mag ein Hinweis darauf verdeutlichen, dass die Einführung des Ganztagsunterrichts an den betroffenen Schulen eine Personalausweitung auf 130% erfordert. Wenn der gebundene Ganztagsbetrieb für ein im Vergleich zum gegenwärtigen Stand zusätzliches Drittel der Schülerinnen und Schüler allgemein bildender Schulen eingeführt würde, hieße dies, dass im Jahr 2015 zusätzlich zu den insgesamt etwa 64.000 Lehrerstellen, die als Gesamtbedarf ausgewiesen werden weitere etwa 5.100 Stellen, also insgesamt etwa 69.000 Stellen, erforderlich werden. Danach blieben von der ‚Demographierendite‘, bei der etwa 74.000 Stellen verfügbar wären, nur noch etwa 5.000 Stellen für weitere Verbesserungen übrig.“